

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Wacholder Druckerei
Hauptredaktion: Dresden, Poststr. 10
Telefon: 20011
Schiffstraße 10, Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-N., Wartenbergstr. 25/26

Bezugsgebühr vom 1. Nov. 1923 bei täglich normaler Zustellung inkl. Post 1.70 Mk.
Bezugsgebühr für Monatslieferung 5.40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf.
Kubikinhalt 15 Bg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet:
die einseitige 20 mm breite Zeile 30 Bg., ihr gegenüber 40 Bg. Familienanzeigen und Stellen-
gesuche ohne Rabatt 15 Bg., außerhalb 25 Bg., die 30 mm breite Reklamazeile 200 Bg., außer-
halb 250 Bg. Offertenanträge 30 Bg. Kautionsgebühren gegen Besatzbeschlüsse

Druck u. Verlag: Meyers & Neumann,
Dresden, Poststr. 10, 1088 Dresden
Redaktion nur mit briefl. Zuschriften
Dresden, Radt. 1 u. 11/12, Unterplanitz
Schiffstraße 10, Dresden-N. 1088

Reparationsausssprache Poincarés in Berlin

Das neue französische Kabinett

Paris, 11. November. Poincaré hat Sonntagabend sein neues Kabinett gebildet. Um 10 Uhr französischer Zeit wurde folgende Ministerliste amtlich bekanntgegeben:

- Ministerpräsident: Poincaré,
- Außenministerium: Briand,
- Finanzen: Chéron,
- Inneres: Tardieu,
- Justiz: Barthou,
- Unterricht: Marrant,
- Krieg: Painlevé,
- Marine: Lequeux,
- Essentielle Arbeiten: Fergeot,
- Arbeit: Loucheur,
- Kolonien: Maginot,
- Handel: Bonneson,
- Landwirtschaft: Jean Penneffu,
- Luftfahrt: Cagnac,
- Pensionen: Antierion.

Über die parlamentarische Unterstützung befragt, erklärte Poincaré: „Wir zählen auf den guten Willen aller, da wir niemanden angreifen werden.“ Beim Verlassen des Ministeriums nach dem Grunde befragt, warum er das Finanzministerium abgebe, erwiderte Poincaré: „Es ist wahrscheinlich, daß ich während der Reparationsverhandlungen, die für uns so wichtig sind, Paris verlassen und nach Berlin gehen muß.“ Dagegen beantwortete Poincaré die Frage, ob er auch nach Washington zu den Schuldenverhandlungen gehen werde, mit einer unbestimmten Geste. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es seit langen Jahren das erste Mal sei dürfte, daß der Ministerpräsident keinen Nachministerposten bekleidet.

Nach einer amtlichen Meldung wurden zu Unterstaatssekretären ernannt: Germin Martin, Post, Abt. Pat. öffentliche Erziehung, Oberkirch, Arbeit, Abt. François Poncet, Unterrichts und schöne Künste. Das Unterstaatssekretariat für die Handelsmarine wird aufgehoben. — Poincaré hat sich mit seinen Ministern ins Elisee begeben, um den Präsidenten der Republik das neue Kabinett vorzustellen. Eine Erklärung ist nicht vor Mittwoch zu erwarten. Dieses Kabinett wurde von Poincaré gebildet nachdem durch Beschluß der radikalen Kammerfraktion,

ihren Mitgliedern Sarraut, Lamoureux, Queuille und Hesse, die Poincaré in sein Kabinett der republikanischen Eintracht aufnehmen wollte, die Erlaubnis zur Annahme der ihnen angebotenen Portefeuilles verweigert worden war. Der Beschluß der Radikalen ist auf die Stellungnahme des Vorsitzenden Daladier zurückzuführen, der erklärte wir müssen Poincaré jede Unterstützung verweigern, die Entschließung des Parteitagés von Angers macht uns das zur Pflicht. Dieser Standpunkt Daladiers wurde von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder gebilligt.

Die sozialistische Kammerfraktion und der erweiterte Parteivorstand haben in einer gemeinsam abgehaltenen Sitzung auf Vorschlag Léon Plumas eine Entschließung angenommen, in der sie das ohne die Radikalen gebildete Ministerium als einen gefährlicheren nationalen Verrat bezeichnen, als es das vorangegangene Ministerium der nationalen Eintracht war, und ihm gegenüber eine kategorische Oppositionsstellung der sozialistischen Partei ankündigt.

Im Hauptquartier am 9. November

Eine Erklärung des Reichspräsidenten

Berlin, 11. November. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident gibt folgende Erklärung ab: „In dem Auftrag „Im Hauptquartier am 9. November“ der Nr. 531 des „Berliner Tageblattes“ vom 8. November d. J. hat leider ein ehemaliger preussischer Offizier behauptet, daß Seine Majestät der Kaiser und Königin in fluchtartiger Hast und lediglich der Sorge seiner Umarmung für seine Person nachgehend, nach Holland abgereist sei. Ich verweise demgegenüber auf die in Nr. 348 der „Arenszeitung“ vom 27. Juli 1919 veröffentlichte gemeinsame Erklärung des Generalsoberst v. Plessen, des Staatssekretärs v. Ginge, der Generale Freiherr v. Marschall und Graf v. d. Schulenburg sowie von mir. Aus dieser Erklärung geht einwandfrei hervor, daß der Entschluß des Kaisers auf meinen und anderen Rat erst nach ausgiebigen Beratungen gefaßt und ausgeführt wurde, um die Fortsetzung des Krieges oder einen Bürgerkrieg zu vermeiden und dadurch dem Vaterland Not und Elend zu ersparen — gez. von Hindenburg.“

Vermittlungsaktion im Eisenkonflikt

Berständigungsbereitschaft auf beiden Seiten

Düsseldorf, 11. November. Der Düsseldorfischer Regierungspräsident Bergemann hat am Sonntag aus eigener Initiative eine Vermittlung zur Beilegung des Eisenkonflikts in die Wege geleitet und die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände — zunächst getrennt — auf Dienstag zu einer Besprechung über die durch die Aussperrung geschaffene Lage eingeladen.

Wie verlautet, sind sich beide Streitparteien darüber klar, daß eine befriedigende Lösung des Konflikts nur durch eine Verständigung gefunden werden kann. Im Zusammenhang mit dem Vermittlungsplan schlägt die Stimmung bereits so hoch, daß man glaubt, bis Dienstag eventuell zu der Aushandlung einer Verständigung gekommen zu sein. Als Verhandlungsbasis

beabsichtigt man Abmachungen über die Arbeitszeitregelung in den Vordergrund zu stellen. Bei diesen Gedankengängen, die von den Gewerkschaften ausgehen, wird aber betont, daß unbedingt gewisse Sicherungen für die Verbeibaltung der be-

stehenden Arbeitszeitregelung gegeben werden müssen. Die in Duisburg abgehaltene Delegiertenkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes erklärte sich mit einer von unparteilicher Seite ausgehenden Vermittlungsaktion einverstanden. Die Konferenz erteilte den Unterhändlern des Verbandes alle erforderlichen Vollmachten. — Der Grund zu der Verständigungsbereitschaft ist der, daß sich nach der ersten Woche der Aussperrung auf allen verwandten wirtschaftlichen Gebieten die

schädlichen Auswirkungen geltend machen. Schwierigkeiten tauchen auch hinsichtlich der Versorgung der nicht organisierten Aussperrten für die nächste Zeit auf, die nunmehr den einzelnen Gemeinden zur Last fallen. Allenfalls im Gebiet haben die Städte bereits Notmaßnahmen getroffen. Bei längerer Dauer der Aussperrung sind die Folgen gerade für die zum Teil überlasteten städtischen Haushalte nicht abzusehen, da sich schon die Ausgaben der Unterstützung in einer Woche in den größeren Städten zu ungeheuren Summen häufen. So wird bekannt, daß gewisse Kreise, Verwaltungen und Kommunen sich bereits Anordnungen sehen, zur Deckung der Mehrausgaben höhere Kassenkredite aufzunehmen.

Demonstration in Essen — Sieben Polizeibeamte verletzt
Vor dem Rathaus in Essen, in dem das Stadtparlament über die Unterstützung der Aussperrten beriet, kam es in den Spätnachmittagsstunden des Sonnabends zu einer Demonstration, in deren Verlauf ein Polizeimajor und sechs Beamte durch Steinwürfe verletzt wurden. Vier Personen wurden verhaftet, jedoch handelt es sich hierbei nicht um Aussperrte. Zwei der Verhafteten trugen Rotfrontkämpferuniformierung. Die Polizei hatte nur von dem Gummiknäuel Gebrauch gemacht.

Die Redner der ersten Reichstagsitzung

Der Reichsarbeitsminister wird die Interpellationen beantworten
Berlin, 11. November. Für die am Montag im Reichstag beginnende Aussprache über die Aussperrungen in Westdeutschland haben die meisten Fraktionen bereits ihre Redner bestimmt. Für die sozialdemokratische Fraktion wird Abg. Brandes, für die deutschnationale Fraktion Abg. v. Lindener-Wildau, für die Fraktion der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Moldenhauer sprechen. Das Zentrum hat den Abg. Dr. Stegerwald als Redner bestimmt. Für die Demokraten spricht Abg. Schneider-Berlin, für die Kommunisten Abg. Florin. Die Redner der Bauernischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei werden erst noch in Fraktionskungen bestimmt.

Berlin, 11. November. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigt sich in seiner Sonnabendabendung mit der durch den Arbeitskampf in der nordwestlichen Eisenindustrie geschaffenen Lage. Der Reichsarbeitsminister wurde beauftragt, die von den Parteien gestellten Interpellationen in der Montagssitzung des Reichstags zu beantworten. Das Kabinett bespricht ferner den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Die Beratungen hierüber werden fortgesetzt werden.

Die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung

Das Reichsversicherungsamt soll entscheiden
Düsseldorf, 11. November. Gestern fand vor dem Spruchauschuss des Oberversicherungsamtes Düsseldorf die Beratungsverhandlung wegen des Streitfalles betreffend Zahlung von Arbeitslosenunterstützung an die ausgesperrten Metallarbeiter statt. Der Spruchauschuss hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage die Sache an den Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt abgegeben. Die Rechtsauffassung des Spruchauschusses geht dahin, daß eine Aussperrung als Kampfmaßnahme vorliegt und deshalb der § 94 R.V.G. zur Anwendung gelangen muß, wonach eine Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt werden dürfte.

Neue heftige Eruptionen des Aetna

Rom, 11. November. Nach Meldungen, die am Sonnabend abend aus Catania eingetroffen sind, hat die Ausbruchstätigkeit des Aetna erneut bedeutend zugenommen.

Die Geschwindigkeit, mit der die Lava vordringt, hat sich wieder gesteigert.

Bereits während der Nacht begann das Zerstörungswerk der Lava an der Eisenbahnbrücke. Der Verkehr wird zurzeit mit Dampfzügen aufrechterhalten. Man will versuchen, einen Teil des Verkehrs umzuleiten, da die Bahnlinie im Westen noch intakt ist. Runziata ist erneut bedroht, da die Lava sich vor dem Trümmerhaufen von Macalé gestaut hat und einen neuen Ausweg sucht. Die Ortschaft Carraba ist endgültig geräumt. Auch Runziata und Poggio Cicario sind von den Bewohnern verlassen.

Die Lava bildet bereits eine Front von fast 1000 Meter Breite.

Um die Schnelligkeit der Lava leichter berechnen zu können, sind auf ihrem Wege von zehn zu zehn Meter besonders sichtbare Zeichen aufgestellt worden. Während die Lava an der Bahnlinie und an der Hauptstraße ihr Zerstörungswerk fortsetzt, sind ihr die Station, der Bahnkörper und weite fruchtbare Obstgärten und Felder bereits zum Opfer gefallen. Carraba ist ebenfalls von der Lava erreicht worden. Der Stadt Starre und dem Hafen Nicosto sollen hingegen keine Gefahr drohen.

Folgeschwerer Wasserrohrbruch

Berlin, 11. Nov. Durch einen Wasserrohrbruch vor Apeniker Straße 106 nach 5 Uhr wurde der Bürgerfriedhof in der Breite der Hausfront aufgerissen und die Kellerfront des Hauses eingedrückt. Die Straße wurde weithin überflutet und ist mit einer dicken Schicht Sand und Schlamm bedeckt. Ebenso wurde die vor dem Hause befindliche Grube der U-bahn verschlammte. Der durch die Unfallstelle gelegene Untergrundbahnhof Reanderstraße wurde nicht gefährdet. Intensive Gasgerüche an der Unfallstelle zeigten, daß auch ein Gasrohr gebrochen ist. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, zumal im Augenblick der Eruption die Straße fast menschenleer war. Das Haus Apeniker Straße 106 ist stark gefährdet, so daß es vollständig geräumt werden mußte. Die Rettungsmannschaften der Feuerwehr und der Gaswerke konnten sich zunächst nur dar-

auf beschränken, die Gas- und Wasserleitungen in der Umgebung abzusperrten. Nach drei Stunden ließ der Wasserzutrom nach, so daß die Feuerwehr gegen 9:30 Uhr mit den Räumungs- und Ausfüllungsarbeiten beginnen konnte, die voraussichtlich noch mehrere Stunden in Anspruch nehmen werden. Der Verkehr ist bis auf weiteres gesperrt.

Schwerer Zugunfall bei Frankfurt a. D.

Frankfurt a. D., 11. Nov. In der Station Rosenau fuhr am Sonntagvormittag eine Rangierlokomotive auf den Triebwagen aus Frankfurt a. D. auf und warf ihn aus dem Gleis. 17 Reisende wurden arztenteils leicht verletzt und konnten, nachdem sie vom Bahnarzt verbunden waren, sämtlich ihre Reise fortsetzen.

Ein chinesischer Dampfer mit 42 Mann gesunken

Peking, 11. November. Im Gelben Fluß ist das chinesische Schiff „Pen-Ku“ mit einer Besatzung von 42 Mann gesunken. Die Ursache des Unterganges konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Moskau und die Betrugsaffäre Litwinow

Sechs Wechselkäufungen in Paris aufgefunden

Moskau, 11. November. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die französische Regierung der Sowjetbotschaft in Paris von dem Fund der französischen Polizei in der Angelegenheit der gefälschten Sowjetwechsel Nachricht gegeben. Sechs Wechsel in Höhe von 25 Millionen Franken, die von Litwinow, dem Bruder des Außenkommissars unterschrieben wurden, sind nunmehr in Paris aufgefunden worden. Nach Erklärungen der Polizei sollen noch weitere falsche Wechsel der Berliner Handelsvertretung, die von Litwinow gefälscht sind, im Umlauf sein. In Moskau ist man über diese Angelegenheit sehr empört und erklärt, daß die Sowjetregierung für diese Wechsel nicht haften werde, weil sie eine grobe Fälschung darstellten. — Auf Grund der Veröffentlichungen über die Betrugsaffäre hat sich der in dieser Angelegenheit ebenfalls genannte Michael Sokolmann von London aus, wo er angeblich zur Abwicklung großer finanzieller Transaktionen weilt, mit seinem Berliner Rechtsbeistand in Verbindung gesetzt und diesem die Erklärung abgegeben, daß er weder in direktem noch indirektem Zusammenhang mit diesem Wechselbetrug stehe.